

Einladung zu unserem
GfP-Jahres-Kongreß 2026
28. August – 30. August 2026
Welt im Ausnahmezustand
Wohin treibt Deutschland?

Das laufende Jahr zeichnet sich – weltpolitisch gesehen – durch mehrere Krisenherde aus, die zumindest indirekt auch auf Europa im allgemeinen und Deutschland im besonderen Einfluß haben. Damit sind nicht nur eine wachsende Unsicherheit und latente Kriegsgefahr verbunden, sondern auch konkrete Auswirkungen wie eine allgemeine Teuerung und zunehmende Unsicherheit für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Eine verantwortungsbewußte Regierung müßte daher entschlossen und zielgerichtet gegensteuern, um die negativen Folgen für die eigenen Bürger einzudämmen. Doch was tut die Regierung Merz, aber auch alle anderen Regierungen im sog. Werte-Westen? Nichts! Im Ukraine-Konflikt befeuert man finanziell und verbal das dortige Geschehen dahingehend, daß man auf Eskalation setzt anstatt auf Frieden. Im Nahost-Konflikt ignoriert man das völkerrechtswidrige Verhalten Israels in bezug auf seine Nachbarn im Libanon und Gazastreifen sowie dessen Erzfeind Iran. Und im Umgang mit China, von dessen Lieferungen – von medizinischen Produkten bis zu Seltenen Erden und anderen kritischen Rohstoffen – die EU-Staaten bedenklich abhängig sind, neigt man zu einer »wertebasierten Außenpolitik“ und riskiert damit Lieferengpässe bis hin zu ernststen Versorgungsschwierigkeiten in vielen Bereichen. Diese fatale Lage für Deutschland und die EU analysieren die diesjährigen Referenten aus verschiedenen Blickwinkeln.

Hierzu sprechen bei der Tagung der Südtiroler Landtagsabgeordnete **JÜRGEN WIRTH-ANDERLAN**, die Publizisten **KARL RICHTER** und **MELANIE DITTMER**, die Historiker **Dr. MARIO KANDIL** und **ANDREAS THIERRY** sowie der Volkstumskämpfer **JÜRGEN HÖSL**.

Ich freue mich auf Ihren zahlreichen Besuch und bin mit besten Grüßen

Dr. Martin Pfeiffer, GfP-Vorsitzender

Einladung zur Mitgliederversammlung
am Freitag, dem 28. August 2026, um 20.00 Uhr

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung
2. Gedenken der verstorbenen Mitglieder
3. Jahresbericht des Vorsitzenden
4. Jahresbericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache zu Top 3-5
7. Wahl eines Versammlungsleiters
8. Entlastung des Vorstands
9. Wahl des 1. Vorsitzenden
10. Wahl des weiteren Vorstands
11. Wahl der Kassenprüfer
12. Anhänge
13. Verschiedenes

Etwaige Anträge zur Jahreshauptversammlung sind
bis zum 1. August 2026 zu richten an:

GfP-Sekretariat Margret Nickel
Klosterhof 4
37999 Wesertal-Lippoldsberg

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Martin Pfeiffer
Vorsitzender

**Der Vorstand bittet um rege Teilnahme und baldige Anmeldung aus den
Reihen der GfP-Mitglieder und -Freunde.**

**Der Vorsitzende Dr. Martin Pfeiffer hat bereits mitgeteilt, daß er die noch-
maligen Verpflichtungen seines Amtes nicht mehr wahrnehmen könne
(siehe Freies Forum 1/26, Seite 1). Mehrere Personen haben im Vorfeld ihre
Bereitschaft signalisiert, für den Posten des Vorsitzenden zu kandidieren.
Möglicherweise kommen weitere Interessenten hinzu, auch solche, die sich
in die Arbeit des Vorstands einbringen möchten; der Vorstand soll nämlich
erweitert werden. Daß die GfP eine rege Beteiligung bei der Mitgliederver-
sammlung begrüßen würde, braucht nicht betont zu werden. Wer einen
Antrag zur Jahreshauptversammlung stellen möchte, darf ihn ab jetzt bis
zum 1. August 2026 an das Sekretariat der GfP richten.**

Meinungsfreiheit – eine Illusion?

Zur schleichenden Erosion demokratischer Werte

Im Jahre 1990 fühlten sich laut Umfragen noch 78 Prozent der Deutschen frei in ihrer Meinung; inzwischen sind es nicht einmal 40 Prozent. Über die Hälfte traut sich nicht mehr, ihre politische Meinung offen zu äußern. Von einer schleichenden Erosion der Meinungsfreiheit in Deutschland zu sprechen, ist also nicht übertrieben. Was mögen die Gründe dafür sein? Eine neue politische »Kultur« hat sich breit gemacht, die den offenen öffentlichen Diskurs durch moralische Deutungshoheit in Schranken hält und zu normen sucht. Die Debatte wird zunehmend durch die »Predigt« ersetzt. Wer im Korridor des noch Sagbaren Kritik äußert, wird schnell in eine besondere Ecke gestellt, von der aus eine Diskussion kaum noch möglich ist. Wer nicht die richtigen Worte wählt, wer nicht die genehme und genehmigte Meinung vertritt, wird stigmatisiert und im schlimmsten sogar kriminalisiert. Angst vor öffentlicher Ächtung (Cancel Culture) und sozialen Sanktionen bei vielen Bürgern ist die Folge.

Es ist schon bezeichnend, daß den politisch Verantwortlichen in Deutschland die Leviten gerade von außerhalb gelesen werden. Im April 2026 war es Michael O’Flaherty, der Menschenrechtskommissar des Europarats, der in einem Memorandum ein vernichtendes Urteil über den Zustand demokratischer Grundrechte in Deutschland gefällt hat. Die Regierenden in Berlin lassen es natürlich nicht gelten, haben sie doch im Regierungsentwurf für den Haushalt 2026 Mittel in Höhe von rund 209 Millionen Euro für das Bundesprogramm »Demokratie leben!« eingeplant! Mit diesem Geld werden mitunter unzählige linksideologisch orientierte, radikale Gruppierungen gefördert, die unter dem Deckmantel von Demokratie und Vielfalt alles anprangern, was für sie politisch unkorrekt sei. Denunziantum in Form von Trusted Flagger blüht auf. Alain de Benoist brachte es auf den Punkt: »Wir leben alle in überwachter Freiheit«.

RA Andreas Wölfel, der beim GfP-Kongreß 2025 vortrug, meint: »Die Herrschenden ziehen ihre Legitimation der Grundrechtseinschränkung im »Kampf gegen Rechts« aus der Plattitüde »Keine Freiheit den Feinden der Freiheit«. Sie wähnen sich im Besitz einer höheren Moral und bestimmen nach ihrem Gutdünken, wem sie als »Feind der Freiheit« die Inanspruchnahme von Grundrechten absprechen.«

Die vorliegende Sammelbroschüre faßt die bei den Jahrestagungen der GfP 2022 bis 2025 gehaltenen Redebeiträge zusammen. Neben Beiträgen zum Thema Meinungsfreiheit enthält sie auch richtigstellende Texte zu brisanten Themen wie »Ist Deutschland ein souveräner Staat?«, »Die Aufklärung der Bedrohung aus dem Osten 1940«, »Der Bauernkrieg« oder »Vom Reich als Mythos«.

Veröffentlichungen der
GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK e.V.

MEINUNGSFREIHEIT – EINE ILLUSION?



Zur schleichenden Erosion
demokratischer Werte

KONGRESS-REPORT 2022–25

352 Seiten, Pb., zahlreiche Abbildungen € ca. 19.90

Kahlschlag bei »Demokratie leben!«

Im *Freien Forum* wurde das staatliche Förderprogramm »Demokratie leben!«, das im Jahre 2025 ein Gesamtvolumen von rund 186,5 Millionen Euro aufwies; sowie das vielfach schädliche Wirken der geförderten Vereinigungen und NGOs thematisiert. Nun hat die Bundesfamilienministerin Karin Prien im April angekündigt, bis Ende des Jahres mehr als 200 linke Förderprojekte streichen zu wollen. Es ist ein echter Paukenschlag, der die gut geölte Maschinerie der staatlich alimentierten NGO-Landschaft in ihren Grundfesten erschüttert.

Prien strebt eine umfassende Restrukturierung des Förderprogramms an und hat ihre Pläne stichhaltig begründet. Sie wolle Vorwürfen entgegensteuern, etwa daß der Bund nicht genau nachvollziehen kann, wofür die Gelder bei den Letztempfängern verwendet werden, also mangelnde Kontrolle, und daß Fördergelder in das »linksradikale Milieu« geflossen seien; manche NGOs hätten Funktionäre beschäftigt, die durch extremistische oder antisemitische Aussagen aufgefallen seien. Der Bundesrechnungshof hatte bereits 2022 eine mögliche fehlende Förderkompetenz des Bundes bemängelt. Und vor allem wolle Prien erfreulicherweise Förderrichtlinien für Organisationen wie HateAid oder Correctiv überprüfen und »Vielfalt« nicht mehr als primäres staatliches Förderziel definieren.

Wie nicht anders zu erwarten, war ein Aufschrei der Entrüstung bei Betroffenen und linken Prominenten zu vernehmen, die vor einer »Zerschlagung demokratischer Netzwerke« warnen und die Kürzungen als »Schlag ins Gesicht« für die Zivilgesellschaft sehen. Sie betonen, daß viele Projekte effektiv gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus arbeiten. Wolfgang Thierse spricht sich vehement gegen eine Umstrukturierung des Förderprogramms aus. In Zeiten »akuter Demokratiegefährdung« dürfe die Ministerin die Zivilgesellschaft nicht schwächen.

Wir begrüßen die Pläne von Frau Prien und können nur hoffen, daß sie eine Konkretisierung erfahren. Trotzdem gebietet es sich, skeptisch zu sein. Unlängst war zu erfahren, daß die Bundesregierung in den letzten Jahren zahlreiche vertrauliche Gespräche mit Google unter dem Deckmäntelchen Desinformation, Plattformregulierung und Wahlrisiken führte, und zwar zur Verbannung kritischer Medien. Die Folgen dieser Gespräche sind heute meßbar: Inhalte regierungsnaher Altmedien werden bevorzugt, die von kritischen neuen Medien sind weitestgehend aus der Sichtbarkeit verschwunden.

Nach Einschätzung des Augsburger Staatsrechtlers Prof. Josef Franz Lindner, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Medizinrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Augsburg, ist die staatliche Förderung von Meldestellen, die zulässige politische Meinungsäußerungen im Internet verfolgen, nicht zulässig. Der Staat beauftrage die NGOs mit Aufgaben, die ihm selbst verboten sind. »Der Staat flüchtet sich ins Privatrecht, was nach den verwaltungs- und verfassungsrechtlichen Grundsätzen unzulässig ist.«. Damit sei die Staatliche Förderung von Meldestellen verfassungswidrig. (Quelle: tichyseinblick.de, 11.6.26 u.21.5.26) ■

Blaupause für Europa: Litauen verschärft Kampf gegen »Desinformation«

Litauen zieht die Zügel im Umgang mit unerwünschten Informationen drastisch an – und schafft damit einen unguten Präzedenzfall für die Europäische Union. Das Parlament in Wilna verabschiedete jetzt ein Gesetz, das für bestimmte Formen angeblicher »Desinformation« Freiheitsstrafen von bis zu fünf Jahren (!) vorsieht. Insbesondere gilt das für Verdächtige, die angeblich im Auftrag eines »feindlichen Staates« Informationskampagnen betreiben oder öffentlich einen Angriffskrieg rechtfertigen und propagieren; in der Praxis richten sich solche Anschuldigungen natürlich nur gegen pro-russische Positionen – wer dagegen, wie etwa in Estland, offen zum Angriff auf Königsberg (Kaliningrad) aufruft, bleibt auch künftig straffrei.

Die Regierung in Wilna definiert »Desinformation« als absichtlich falsche oder irreführende Inhalte, die Wahlen beeinflussen, die Öffentlichkeit täuschen oder die nationale Sicherheit gefährden sollen. Kritiker sehen in dieser bewußt vagen Formulierung eine gefährliche Grauzone, die der politischen Willkür Tür und Tor öffnet. Denn darüber, welche Informationen als »falsch« zu gelten haben oder gar staatsgefährdend sind, entscheiden staatliche Stellen.

Zusätzlich zu möglichen Gefängnisstrafen sieht das Gesetz Geldbußen zwischen 200 und 3000 Euro vor. Gegen sogenannte »SIM-Farmen«, die mit Hunderten SIM-Karten automatisierte Anrufe und Massennachrichten verbreiten, können Strafen bis zu 6000 Euro verhängt werden. Zugleich erhält die litauische Ethik-Inspektorin für Journalisten weitreichende Vollmachten, um Plattformen zur Löschung »gefährlicher« Inhalte zu verpflichten.

In Wilna gilt das Gesetz ausdrücklich als Auftakt für weitere Maßnahmen. Eine Abgeordnete sprach vom Aufbau eines »Informationsabwehrschildes«. Eine Regierungsvertreterin erklärte: »In der Informationskriegsführung fehlten uns bisher die einfachsten rechtlichen Instrumente.«

Litauen steht mit diesem Kurs in Europa keineswegs allein. Der europäische Digital Services Act (DSA) verpflichtet Plattformbetreiber bereits heute, Risiken durch »Desinformation« einzudämmen. Auch Rumänien, Ungarn, Malta und Zypern verfügen über Strafvorschriften gegen angeblich falsche Nachrichten. Im Zuge der weiteren Eskalation im Konflikt mit Rußland ist absehbar, daß die EU insgesamt künftig noch strenger gegen ihre Kritiker und vermeintlich »pro-russische« Stimmen vorgehen wird. Sie kann dabei auf das litauische Modell zurückgreifen. Mit alledem nähert sich die EU immer mehr vergleichbaren Sanktionen in Rußland an, das sie freilich stets als autoritäres Negativbeispiel im Munde führt. In Rußland drohen für »falsche Informationen« über die Armee sogar bis zu 15 Jahre Haft. In beiden Fällen bestimmen ausschließlich die Regierungen, welche Fakten zulässig – und welche strafbar sind. ■

Programmatischer Auftritt in Straßburg: Merkel will noch mehr Zensur

Mit einer mehr als fragwürdigen Botschaft hat sich Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer ersten großen europapolitischen Rede seit dem Ausscheiden aus dem Amt zu Wort gemeldet. Bei der erstmaligen Verleihung des Europäischen Verdienstordens am 21. Mai 2026 im Europäischen Parlament in Straßburg sprach sie sich für eine weitere Verschärfung der Regulierung sozialer Medien und Künstlicher Intelligenz aus – als ob es nicht gerade in Deutschland schon mehr als genug Zensur gäbe.



Angela Merkel
plädiert für noch
mehr Zensur.

Merkel warnte vor einem Verzicht auf Kontrolle und Rechenschaftspflicht im Netz und begründete dies mit dem vermeintlichen Wildwuchs im digitalen Dschungel: »Zu glauben, daß die Verantwortung für die Verbreitung von Informationen nicht mehr notwendig sei, daß es keine Rechenschaftspflicht geben sollte – daß man für Lügen nicht zur Rechenschaft gezogen werden sollte –, würde die Demokratie untergraben.« Dann wurde sie deutlich: »Ich kann Sie nur dazu ermutigen, die Regulierung der sozialen Medien fortzusetzen.« Mögliche Fehlentwicklungen will sie dabei in Kauf nehmen: »Vielleicht werden Fehler gemacht, aber aus Fehlern lernt man.«

Mit ihrem Vorstoß knüpft Merkel nahtlos an ihre Politik während ihrer Kanzlerschaft an. Mit dem 2017 verabschiedeten »Netzwerkdurchsetzungsgesetz« wurde in der Bundesrepublik erstmals ein rechtlicher Rahmen geschaffen, der Plattformen verpflichtet, bestimmte Inhalte binnen kurzer Fristen zu entfernen. Bei Verstößen drohen hohe Geldstrafen. Später wurde mit dem »Digital Services Act« (DSA) ein ähnlicher Regulierungsansatz auf europäischer Ebene etabliert.

Der DSA verpflichtet große Plattformen, sogenannte systemische Risiken zu identifizieren und von sich aus Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Die Europäische Kommission überwacht die Einhaltung der Vorgaben penibel und kann Bußgelder von bis zu sechs Prozent des weltweiten Jahresumsatzes verhängen.

Kritiker sehen in alledem völlig zu Recht eine Gefahr für die Meinungsfreiheit. Sie verweisen auf anhaltende Auseinandersetzungen um Sanktionen gegen Plattformen sowie auf die Warnungen zahlreicher Nichtregierungsorganisationen, die unklare Begriffe und weitreichende Eingriffsmöglichkeiten für staatliche Stellen beanstanden.

Zum Abschluß ihrer Rede erinnerte Merkel an »75 Jahre europäischen Denkens – Frieden, Wohlstand und Demokratie«. Aber ihre Forderung nach einer noch stärkeren Regulierung der digitalen Kommunikation ist alles andere als ein Fortschritt. Die Einschränkung der Meinungsfreiheit im Netz betrachtet die Ex-Kanzlerin mit FDJ-Vergangenheit offenbar als ihr eigentliches Lebenswerk. ■ Karl Richter

Der Verfassungsschutz und sein Totschlagargument: So leicht wird man »Antisemit«

Mit einer neuen Broschüre über angebliche antisemitische »Codes und Chiffren« bestätigt das Bundesamt für Verfassungsschutz einmal mehr sämtliche Kritiker. Das Papier erklärt Begriffe und Themen wie »Weltwirtschaftsforum«, »Wall Street«, »Blackrock«, »Bilderberg-Konferenzen«, »Big Pharma« oder »Bill Gates« zu möglichen Trägern antisemitischer Botschaften – selbst dann, wenn keinerlei Bezug zum Judentum besteht. Kritiker sehen zu Recht den Versuch, mißliebige Machtkritik mit einem Totschlagargument unter Generalverdacht zu stellen. Offiziell verfolgt der VS das Ziel, »die Urteilskompetenz wie auch die demokratischen Werte der Bürgerinnen und Bürger zu stärken«. Tatsächlich ruft er aber durch den unreflektierten Einsatz der Antisemitismus-Keule ein Klima der Einschüchterung hervor. Die Broschüre erklärt zwar formal, der jeweilige Zusammenhang sei entscheidend. Gleichzeitig behauptet sie, angeblich harmlose Formulierungen könnten gezielt genutzt werden, um Kritik später als »Mißverständnis« oder »Überinterpretation« abzutun. Damit wird jede Verteidigung vorsorglich entwertet.

Besonders weit geht die Argumentation bei prominenten Persönlichkeiten und Institutionen. George Soros, Klaus Schwab oder Bill Gates gelten laut Verfassungsschutz als »Projektionsflächen« antisemitischer Stereotype. Wörtlich heißt es: »George Soros, Klaus Schwab, Bill Gates: diese Personen dienen als Chiffren für antisemitische Stereotype, indem ihnen unabhängig von ihrer tatsächlichen Herkunft oder Selbstverortung negativ konnotierte, vermeintlich »jüdische Verhaltensweisen« zugeschrieben werden.« Damit gerät selbst eine parteipolitisch völlig unspezifizierte Eliten- oder Machtkritik schnell unter Antisemitismus-Verdacht.

Kritiker warnen vor einem massiven Angriff auf die Meinungsfreiheit. Das VS-Papier arbeite mit einer ausufernden Kontaktschuldlogik und dehne den Begriff des Antisemitismus bis zur Unkenntlichkeit aus. Besonders gravierend ist der Vorwurf, die Broschüre richte sich gezielt gegen oppositionelle oder regierungskritische Stimmen. Denn auch Kritik an Corona-Maßnahmen oder an Pharmaunternehmen wird in dem Dokument pauschal in die Nähe von »Rechtsextremisten, Reichsbürgern, Selbstverwaltern und Verschwörungsideologen« gerückt. Darüber hinaus vermuten Beobachter, das Papier solle nachträglich die Einstufung der AfD als »gesichert rechtsextremistisch« theoretisch absichern. Der Verfassungsschutz liefert damit nicht nur eine Handreichung gegen vermeintlichen Antisemitismus, sondern zugleich ein Instrument zur moralischen Diskreditierung unerwünschter politischer Konkurrenz.

Dabei hat das Bundesverfassungsgericht erst 2024 erneut hervorgehoben, die Meinungsfreiheit sei »für die freiheitlich-demokratische Ordnung schlechthin konstituierend« und lebe gerade vom besonderen Schutz der Machtkritik. Bis zum VS hat sich das offenbar nicht herumgesprochen. ■

Sicher bald auch in Deutschland: Wer KI kritisiert, ist »Extremist«

Wer in den USA gegen Rechenzentren protestiert, Bürgerversammlungen besucht oder Baustellen fotografiert, kann inzwischen schnell im Fokus der Sicherheitsbehörden landen. Nach Recherchen der Technik-Plattform »Ars Technica« haben FBI, Heimatschutzministerium und regionale Geheimdienststellen stillschweigend eine neue Kategorie von (potentiellen) Staatsfeinden geschaffen: »violent anti-tech extremism« – gewalttätiger Anti-Tech-Extremismus. Mehr als 1000 bislang unveröffentlichte Seiten aus Behördenberichten dokumentieren, wie der Begriff zunehmend gegen Gegner der Tech-Industrie in Stellung gebracht wird.

Die Bandbreite der Verdachtsmomente reicht dabei von tatsächlichen Sabotageakten bis hin zu Anwohnern, die sich gegen den Bau von Rechenzentren wenden. Ein Bericht des New Yorker Intelligence and Counterterrorism Bureau warnt vor einer »chaotische[n] Atmosphäre« durch künstliche Intelligenz. Daraus könnten in den nächsten Jahren »großangelegte Proteste« sowie »gewalttätige anti-technologische extremistische Aktivitäten« erwachsen. Besonders in Metropolen wie New York sehen die Behörden viel Konfliktpotential.

Noch weiter geht das Northern Virginia Regional Intelligence Center. Dort gelten bereits »Fotografieren«, »Beobachten« oder »ausgedrückte oder implizierte Drohungen« als verdächtige Vorgänge, die die Polizei auf den Plan rufen. Bürgerrechtler warnen vor einer Kriminalisierung friedlicher Demonstranten. Spencer Reynolds vom NAACP Legal Defense Fund erkennt darin freilich ein altbekanntes Muster staatlicher Überwachung. »Diese Geheimdienstberichte sind Teil einer langen Tradition, in der Behörden Proteste oder sogar bloß das Vertreten starker Meinungen als Vorläufer von Gewalt identifizieren«, erklärte er laut WIRED. Meldungen über verdächtige Aktivitäten seien »unglaublich unzuverlässig«.

Die Proteste, um die es dabei geht, fallen freilich nicht vom Himmel. Viele Technologieunternehmen planen massive KI-bedingte Stellenstreichungen. Zugleich wächst in vielen Gemeinden der Widerstand gegen neue Rechenzentren wegen Stromverbrauch, Lärm und steigender Kosten. In 42 US-Bundesstaaten kämpfen derzeit Bürgerinitiativen gegen entsprechende Projekte. Selbst Redner auf Bürgerversammlungen wurden laut dem »Ars Technica«-Bericht teils von der Polizei aus dem Verkehr gezogen, noch bevor sie sprechen konnten.

Auch in Deutschland zeichnen sich künftige Konfliktlinien ab. Im Rhein-Main-Gebiet verhinderten Bürger milliardenschwere Projekte von Vantage Data Centers und EdgeConneX. Parallel dazu baut der Staat neue digitale Überwachungsinstrumente auf. Geplant sind biometrische Internetabgleiche, automatisierte Datenanalyse und selbstlernende Systeme für BKA und Bundespolizei. Konkret geht es unter anderem um den Einsatz von Palantir-Software bei deutschen Polizeibehörden. Datenschützer und Juristen warnen vor einer Entwicklung, bei der politische Kritik zunehmend als Sicherheitsrisiko behandelt wird. ■ kr

Die »Correctiv«-Katastrophe

Bereits Ende 2025 hatte das LG Hamburg in parallelen Verfahren Klagen anderer Teilnehmer des Potsdamer Treffens abgewiesen und entschieden: »Correctiv« dürfe schreiben, es habe in Potsdam einen »Masterplan« zur Ausweisung deutscher Staatsbürger« gegeben. Der »Correctiv«-Bericht zum Potsdamer Treffen löste bundesweit Massendemonstrationen gegen Rechtsextremismus und AfD sowie Strafanzeigen aus. Ermittler prüften sogar Hochverrat gegen den Bund.

Nun hat das Landgericht Berlin mit Urteil vom 17. März 2026 einer Klage der AfD-Bundestagsabgeordneten Gerrit Huy gegen »Correctiv« stattgegeben und drei Äußerungen des Portals über das sogenannte »Potsdamer Treffen« vom 25. November 2023 untersagt: Das Landgericht begründete seine Entscheidung damit, daß die Kernaussagen von »Correctiv« zu einem »Masterplan« irreführend und unvollständig seien. Der Durchschnittsleser habe den Ausführungen nicht entnehmen können, daß die Teilnehmer des Treffens (darunter Martin Sellner und Gerrit Huy) eine verpflichtende Ausreise von Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft durch staatlichen Zwang nicht gefordert oder geplant hätten. Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat ihre Prüfung abgeschlossen: Das geheime Treffen zur »Remigration« war keine Verschwörung. Auch der Generalbundesanwalt sah nicht einmal einen Anfangsverdacht für Staatsschutzdelikte.

Über diese empfindliche Niederlage von »Correctiv« wurde kaum berichtet. Das überrascht nicht, hat sich die Medienlandschaft durch die ungeprüfte Übernahme von Falschdarstellungen bis auf die Knochen blamiert. Der Vollständigkeit halber: Die Rechercheplattform »Correctiv«, die die Begründung des Gerichts für »harmlosend« (!) hält, legte noch im April Berufung gegen das Urteil ein.

Aufgrund der Falschbehauptungen von »Correctiv« forderte die Bundestagsfraktion der AfD in einem Antrag folgerichtig, »jegliche institutionelle oder projektbezogene Bundesförderung der Correctiv gGmbH einzustellen«: »Konsequenzen aus dem Gerichtsurteil zur Correctiv-Berichterstattung ziehen – Förderung einstellen und Falschbehauptungen entgegenwirken«. Den Antrag hat der Bundestag mit den Stimmen aller anderen Parteien am 23. April abgelehnt.

Und noch eine pikante Entwicklung zum Schluß. Während Familienministerin Karin Prien ab dem kommenden Jahr »Correctiv« nicht mehr fördern bzw. befristete Projekte mit der Rechercheplattform auslaufen lassen will und sich deswegen mit den Grünen streitet, erhält das linksaktivistische Medium jetzt Steuergeld durch das CSU-geführte Bundesforschungsministerium, und zwar deutlich mehr als durch das Programm »Demokratie leben!«: Das Projekt zur Antisemitismusprävention an Schulen wird in diesem Jahr mit einer Summe von über 700.000 Euro aus Forschungsmitteln (!) unterstützt. Dazu Michael Kaufmann (AfD): »Um ausgerechnet Correctiv mit fast einer dreiviertel Million Euro für den Kampf gegen »Desinformation« zu bedenken, aus Mitteln, die der Forschungsförderung dienen sollen, braucht es schon eine gehörige Portion Unverfrorenheit.« ■ MK

Bärbel Bas hat Deutschland als
»einheitsbraun« verhöhnt.
Kritiker werfen ihr vor, mit
derartigen Begrifflichkeiten zu
spalten und die eigene Bevöl-
kerung abzuwerten. Siehe
auch: Seite 15



Ministerin für Bevölkerungsaustausch: Bärbel Bas räumt geplante Umvolkung ein

Seit Jahrzehnten wird den Deutschen eine immer noch zunehmende Massen-
zuwanderung, oft aus muslimischen und schwarzafrikanischen Ländern, zu-
gemutet – mit verheerenden Folgen, die sich nicht erst heute zeigen. Bisher galt
es als »Verschwörungstheorie«, zu behaupten, der sicht- und meßbare Bevölke-
rungsaustausch sei geplant – obwohl schon einschlägige Dokumente aus der
Kriegszeit, wie der Nizer- und Hootonplan, die gezielte Vermischung der deut-
schen Bevölkerung mit Ausländern vorsahen.

Jetzt bestätigte niemand Geringeres als die amtierende Bundessozialministerin
Bärbel Bas (SPD), daß die anhaltende Zuwanderung wohl doch nicht nur Zufall
ist, sondern von der Politik vorsätzlich vorangetrieben wird. Wörtlich erklärte
Bas Ende Mai beim »Aktionstag Zusammenhalt in Vielfalt« des Deutschen Kul-
turrats: »Wir wollen Farbe bekennen und wehren uns gegen dieses sogenannte
Einheitsgrau – oder, manche würden sogar sagen, Einheitsbraun.« Und weiter:
»Es kann nur gelingen, wenn Vielfalt im Alltag auch gelebt wird. (...) Natürlich
ist das auch ein wirtschaftlicher Aspekt, weil in vielen Branchen Fachkräfte feh-
len. Aber darauf darf man es nicht reduzieren.«

Damit ist klar: Der von der Politik häufig vorgebrachte »Fachkräftemangel« als
Argument pro Zuwanderung ist nichts als ein Vorwand. Tatsächlich geht es da-
rum, Deutschland ethnisch, kulturell und gesellschaftlich umzubauen. Die »Ver-
schwörungstheorie« vom Bevölkerungsaustausch hat durch das völlig schnör-
kellose Eingeständnis der SPD-Ministerin eine Bestätigung erhalten, die nicht
viel Interpretationsspielraum zuläßt.

Besonders unappetitlich fällt Bas' Ausfall gegen das vermeintliche »Einheits-
braun« der deutschen Bevölkerung auf. Es reduziert die Deutschen auf eine ho-
mogene Masse offenbar erblich vorbelasteter Minusmenschen, die durch die Bank
Rassisten, Ausländerfeinde und Provinzler sind – ein Fall von unverhohlenem
Rassismus gegen die eigenen Mitbürger. Das Bundessozialministerium wird sich
künftig den Vorwurf gefallen lassen müssen, es sei eigentlich ein Ministerium
für Bevölkerungsaustausch. ■ mü

Ausreiseverbote wie in der DDR: Deutsche sollten nicht am »Remigrationsgipfel« teilnehmen

Etwa 600 Aktivisten, Politiker und Influencer aus dem heimatstreuen Spektrum kamen am letzten Mai-Wochenende im portugiesischen Porto zu einem internationalen »Remigrationsgipfel« zusammen. Im Mittelpunkt stand der österreichische Identitären-Chef Martin Sellner. Unter den Teilnehmern befanden sich auch mehrere AfD-Politiker, darunter der stellvertretende Bundesvorsitzende Kay Gottschalk, die brandenburgische Landtagsabgeordnete Lena Kotré sowie der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Sven Tritschler. Zu den internationalen Gästen zählte unter anderem Greg Bovino, ehemals Leiter der US-Grenzschutzbehörde. Nach einem tödlichen Polizeieinsatz in Minneapolis verlor er Anfang 2026 sein Amt. In Portugal erklärte er, er sei »sehr froh«, Europäern dabei zu helfen, »illegale Ausländer zu bekämpfen, die die europäische Kultur zerstören«.

AfD-Vize Kay Gottschalk bezeichnete sich lediglich als »Zuhörer« und »Besucher«. Kotré trat hingegen als Rednerin auf und würdigte Bovinos Vorgehen in den Vereinigten Staaten. Sie erklärte, dieser habe »durch seine öffentlichkeitswirksame Amtsführung Millionen Illegale in den USA zur freiwilligen Ausreise motiviert«. Obwohl die AfD-Spitze gemeinsame Auftritte mit Martin Sellner als problematisch einstuft, tritt Lena Kotré immer wieder gemeinsam mit ihm auf. Auf der Konferenz stellten sie und Gottschalk millionenfache Abschiebungen von Ausländern (»Remigration«) als wünschenswerten politischen Ausweg aus dem bundesdeutschen Überfremdungsdesaster dar.

Der Kanadier Daniel Tyrie sagte: »Ich spucke keine dunkelhäutigen Menschen an, weil sie in meinem Land sind. Ich finde nur nicht, daß sie hierhergehören.« Sellner kündigte zudem ein »Institut für Remigration« an. Dieses soll europaweite Netzwerke aufbauen und Kampagnen steuern. Ziel sei die Sicherung der »ethnokulturellen Kontinuität Europas«, ein Ende der Migration nach Europa und die Entfernung von Millionen nichtwestlicher Migranten. Die niederländische Aktivistin Eva Vlaardingerbroek brachte es bündig auf den Punkt: »Niemand kommt rein, und Millionen fliegen raus.«

Sein häßliches Gesicht zeigte im Vorfeld des Gipfels der bundesdeutsche Überwachungs- und Bevormundungsstaat: Er versuchte mehreren aus Deutschland anreisenden Aktivisten die Ausreise zu verbieten. Acht Mitglieder der »Identitären« wurden am Münchner Flughafen am Donnerstag am Besteigen ihrer Maschine gehindert. Sie wurden von der Bundespolizei befragt und durften nach mehreren Stunden gehen. Gegen sie wurde ein Ausreiseverbot nach Italien, Österreich oder in die Schweiz ausgesprochen. Sie reisten daraufhin mit dem Zug in Richtung Italien aus und konnten von dort ohne weitere Kontrollen nach Portugal weiterreisen. Auf X verbreitete Lena Kotré (AfD) daraufhin ein Video, in dem sie das Ausreiseverbot scharf kritisierte. Sie sprach – völlig zu Recht – von »DDR-Methoden«. ■ kr

Moloch Staatsverwaltung

In den letzten zehn Jahren ist der gesamte öffentliche Dienst um mehr als 20 Prozent gewachsen und hat die Marke von 5,38 Millionen Beschäftigten geknackt. Bereits seit 2008 wächst der öffentliche Dienst schneller als die Bevölkerung; vor allem auf Landesebene und in den Kommunen. Während die Wirtschaft ständig schrumpft, wächst der Staat wie »ein selbstgenügsamer Organismus«. (D. Kettner) Eigentlich ist der öffentliche Dienst für das Funktionieren des Gemeinwesens (Staat, Wirtschaft und Gesellschaft) unverzichtbar. Ob er das mit der erforderlichen **Effizienz** und **Seriosität** tut, mag dahin gestellt werden. An drei aktuellen Beispielen soll dieser Zweifel konkretisiert werden.

Im Jahre 2025 hatte die Bundesregierung milliarden schwere Steuerentlastungen beschlossen, darunter Entlastungen für Unternehmen bei der Stromsteuer, die Senkung der Mehrwertsteuer in der Gastronomie und die Erhöhung der Pendlerpauschale. Die Maßnahmen sollen die Liquidität der Unternehmen steigern und sie zu Investitionen ermutigen. Die Linksfraktion im Bundestag wollte wissen, wie sich die Entlastungen auf verschiedene Einkommensgruppen, Haushalte oder Branchen verteilen. Die Antwort der Bundesregierung macht einen fassungslos: Sie kann nicht sagen, wer genau davon profitiert. Sie verfüge über keine detaillierten Daten, eine entsprechende Aufschlüsselung liegt nicht vor! (Quelle: t-online.de, 18.4.26)

Ein Unding, aber leider kein Einzelfall. Das Bundesverteidigungsministerium kann nicht erklären, wofür seit über drei Jahren Mittel ausgegeben wurden. Seit der 2022 von Altkanzler Olaf Scholz eingeläuteten sogenannten »Zeitenwende« hat das Verteidigungsministerium nach eigenen Angaben 47.000 Rüstungsverträge über 111 Milliarden Euro abgeschlossen. Auf die Nachfrage der Linken, wie viele dieser Vorhaben bis zum 1. März 2026 abgeschlossen und in den Dienst der Bundeswehr gestellt waren, war das Ministerium außerstande, den Anteil der realisierten Vorhaben zu beziffern. Der Aufwand der Recherche wäre unzumutbar, hieß es. »Dies könnte zu Verzögerungen bei verteidigungsrelevanten Projekten führen.« (Quelle: u.a. wiwo.de, 26.4.2026)

In der Hansestadt Hamburg entstehen wie in anderen Großstädten durch mißbräuchlich bezogene Sozialleistungen Schäden in Millionenhöhe. Auf eine parlamentarische Anfrage der AfD geht hervor, daß der rot-grüne Senat den Sozialleistungsmißbrauch nicht beziffern könne. Der Senat räumt ein, daß insbesondere beim Jobcenter keine entsprechende statistische Auswertung erfolgt und eine Ermittlung nur durch die manuelle Durchsicht von rund 98.000 Bedarfsgemeinschaften möglich wäre. Zudem fehlen zentrale Strukturdaten. Unfaßbar. (Quelle: u.a. freilich-magazin.com, 5.5.2026)

Eine Untersuchung kam bereits zu dem Ergebnis, daß der deutsche Staat, dessen Wirtschaftskraft zusehends erodiert, rund 60.000 Beamte mehr beschäftigt, als eigentlich nötig wären. Die Finanzierung der beitragsfreien Beamtenpensionen, die die Billionengrenze ansteuern, gerät zunehmend in den gesellschaftlichen Fokus. ■

Porno-Skandal an sächsischer Oberschule

Neuntklässlern soll bei einem Theaterprojekt im ostsächsischen Schleife im Rahmen einer Projektwoche pornografisches/homosexuelles Material gezeigt worden sein. Zu Recht aufgebrachte Eltern sorgten für einen sofortigen Abbruch dieser Projektwoche. Die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die den Skandal enthüllt hat, bringt pikante Hintergrundinformationen: Die beiden Kursleiterinnen, eine Theaterpädagogin und eine Lehramtsstudentin, die sich für »non-binär« halten und in der linksradikalen Stiftung »Sozialistischen Jugend – Die Falken« aktiv sind, wurden mit 2500 Euro von der Amadeu-Antonio-Stiftung unterstützt. Schlimmer noch: Die *Bild-Zeitung* berichtet, daß die Oberschule in Schleife selbst einen nicht näher genannten Anteil der Unterstützung übernommen habe. Es heißt, daß die zuständige Polizeibehörde inzwischen gegen die beiden Linksextremistinnen wegen des Verdachts der Verbreitung pornographischer Inhalte ermittle. (Quelle: u.a. jungefreiheit.de, 15.4.26) Die linksradikalen Stiftung »Sozialistische Jugend« hat über zehn Jahre hinweg insgesamt 12,98 Millionen Euro staatliche Förderung aus dem Bundeshaushalt erhalten, wie es aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Frage des AfD-Abgeordneten Markus Matzerath hervorgeht.

Wer glaubt, es handle es sich um einen Einzelfall, irrt gewaltig. In Kevelaer (NRW) mußten Schüler der achten Klasse im Sexualkunde-Unterricht »Puff für alle« planen, ein fiktives Bordell entwerfen – einschließlich einer Liste aller sexuellen Vorlieben. Die Schüler sollten sich demnach unter anderem Gedanken über das »Angebot« des Bordells machen. Die Rektorin verteidigte die Aktion, die Unterrichtseinheit sei »bewußt irritativ angelegt, um zu Diskussionen anzuregen«. (Quelle: wdr.de, 21.5.26)

Das Bundesfamilienministerium fördert eine Broschüre der sozialistischen Jugendorganisation »Falken« (siehe oben), die Sex-Spiele schon für Sechsjährige empfiehlt. Darin wird unter anderem ein Spiel für Kinder mit dem Titel »Beutelspaß« empfohlen. Dabei soll ein Beutel mit verschiedenen Dingen gefüllt werden, etwa Gleitgel, Sex-Spielzeug, Holzpenis, »Lecktücher« und Vibrator. Die Kinder sollen dann einen Gegenstand herausziehen und etwas dazu sagen. (Quelle: jungefreiheit.de, 4.5.26)

Über das desaströse Wirken linker NGOs an Schulen meint der bekannte Publizist Michael Paulwitz (junge-freiheit.de, 27.4.26): »Die skandalösen Vorgänge in Schleife offenbaren nicht nur, wie tief das Netz linksradikaler ›Zivilgesellschaftler‹ reicht. Auch die Reaktionen der Politik zeigen: Das hat System. Wem die Jugend gehört, dem gehört die Zukunft. Wer die totale gesellschaftliche Macht erobern will, versucht die Kindererziehung den Eltern und Familien zu entwenden, je früher desto besser.« Daß die AfD bei einem Wahlsieg in Sachsen-Anhalt das von Ideologie durchzogene Schulsystem umkrempeln, die Schulpflicht abschaffen und Unterricht zu Hause durch die Eltern ermöglichen will, ist für viele besorgte Eltern verständlich. ■

Kurzmeldungen

Rundfunk-Beitragspflicht bleibt bestehen. Neun frustrierte Beitragszahler aus Baden-Württemberg wollten den Rundfunkbeitrag mit dem Vorwurf mangelnder Ausgewogenheit, fehlender Vielfalt in der Berichterstattung und programmatischer Einseitigkeit kippen und argumentierten, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk systematisch progressive und linke Positionen bevorzuge. Nun ist die Klage vor dem Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim gescheitert. Das Gericht sah keine »grobe Einseitigkeit« beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk und betonte gar die Vielfalt des Angebots in den Bereichen Information, Bildung, Kultur und Unterhaltung! Damit bleibt es bei der bestehenden Beitragspflicht. Eine Revision ließ das Gericht übrigens nicht zu. (Quelle: u.a. jungefreiheit.de, 22.4.26) Das Aufbegehren ist nicht auf Baden-Württemberg beschränkt. Überall in der Bundesrepublik fechten Bürger vor Verwaltungsgerichten die Gebührenbescheide ihrer jeweiligen Landesrundfunkanstalten an. Unterstützt werden sie dabei unter anderem von der Plattform »Beitragsstopper«, die ihren Kunden gegen eine Pauschalgebühr klagereifen Schriftsatz zur Verfügung stellt, um – wie es auf der Plattform heißt – »dem Zwangsbeitrag organisiert entgegenzutreten. (Quelle: kettner-edelmetalle.de, 14.4.26)

AfD soll Kontrollrechte verlieren. Im neuen rheinland-pfälzischen Landtag ist die AfD mit 24 Abgeordneten so stark, daß sie mit eigener Mehrheit einen Untersuchungsausschuß beschließen könnte. Alle anderen Fraktionen im neuen Landtag wollen die stärkste Oppositionskraft ausbremsen: Bisher reichte in Rheinland-Pfalz ein Fünftel aller Landtagsabgeordneten aus, um einen Untersuchungsausschuß einzuberufen, in Zukunft soll ein Viertel nötig sein. Angeblich wollen Union, SPD und Grüne die Regeln für Untersuchungsausschüsse wegen »Mißbrauchsgefahr« ändern, wohlgerne bereits zu einem Zeitpunkt (Mitte April), da der neue Landtag noch nicht einmal richtig zusammengetreten ist. Der »präventive Maulkorb sitzt bereits« (D. Kettner). Eine ähnliche Entwicklung bahnt sich übrigens in Sachsen-Anhalt an, wo die AfD laut aktuellen Umfragen kurz vor der absoluten Mehrheit steht. CDU, SPD, FDP, Grüne und Linkspartei haben gemeinsam einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Besetzung des Landesverfassungsgerichts neu regeln soll. Künftig soll das Gericht eigene Besetzungsvorschläge an den Landtag machen dürfen, um eine mögliche Blockade durch die AfD zu umgehen. (Quellen: u.a. jungefreiheit.de, 15.4.26; kettner-edelmetalle.de, 16.4.26)

Sachsen greift durch. Die schwarz-rote sächsische Minderheitsregierung von Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hat einen Handlungsleitfaden eingeführt, mit dem Ziel, eine neue politische Kultur in Sachsen zu prägen. Wie aus dem Papier hervorgeht, sollen Beamte und Behördenmitarbeiter mit AfD-Mitgliedschaft unter verschärfte Beobachtung gestellt werden. Bereits öffentliche Sympathiebekundungen für die Partei könnten dienstrechtliche Folgen nach sich ziehen. Besonders das Innenministerium unter Armin Schuster mischt aktiv mit und hat einen Erlass beschlossen, mit dem AfD-Mitglieder und Unterstützer der rech-

ten Partei künftig leichter ihre Waffenbesitzkarten verlieren können. Dabei geht es nicht um konkrete Straftaten oder Gewalt; bereits die wiederholte Teilnahme an AfD-Veranstaltungen soll künftig genügen, um die waffenrechtliche Zuverlässigkeit prüfen zu lassen. Die Hürden zur Entlastung sind sehr hoch: Verlangt werden laut Erlass »konkrete Belege für die aktive Bekämpfung verfassungsfeindlicher Tendenzen in der Partei und ihrem unmittelbaren Umfeld« sowie eine »unmißverständliche Distanzierung von den Grundpositionen der Vereinigung«. Wie viele Waffenbesitzkarten in Sachsen seit Inkrafttreten des Erlasses tatsächlich entzogen wurden, ist bislang nicht bekannt. (Quelle: u.a. jungefreiheit.de)

Happige Summe. Seit ihrem Ausscheiden aus dem Amt Ende 2021 sind für Friseur- und Visagistenleistungen der Altkanzlerin Angela Merkel weiterhin erhebliche Kosten aus dem Bundeshaushalt angefallen. Während Bürger bei Steuern, Abgaben, Energie und Krankenkassen immer härter zur Kasse gebeten werden, betrug das »Styling« der Altkanzlerin vom Juli 2024 bis März 2026 insgesamt 64.677 Euro. Das geht aus einer Antwort des Bundeskanzleramts auf eine Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion hervor. (Quelle: u.a. tichyseinblick.de, 28.4.26)

Bezeichnend für den Zustand der SPD. Auf die parlamentarische Frage des AfD-Abgeordneten René Springer, warum man Rentenzuschüsse kürze, während die Hälfte der Bürgergeldempfänger keinen deutschen Paß besitze, antwortete Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas (SPD): »Es wandert niemand in unsere Sozialsysteme ein«. Selbst die ARD mußte nüchtern feststellen, daß die Aussage der Ministerin schlicht falsch sei. Realitätsverlust oder gar Realitätsverweigerung? Seit 2009 vertritt Bas bekanntlich den Wahlkreis Duisburg I direkt für die SPD, und gerade die Realität der Stadt Duisburg widerspricht der Aussage der SPD-Politikerin. (nius.de, 11.5.26) Mehrere Jobcenter-Mitarbeiter sind wütend und haben inzwischen mit Bas abgerechnet: Der Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Leistungsbezug sei im Alltag allgegenwärtig. Ein großer Teil der neuen Fälle habe einen Migrationshintergrund. »Viele kommen ohne Job, ohne Deutschkenntnisse – und landen bei uns.« Wir müssen jeden Tag die Folgen dieser Politik ausbaden, und in Berlin wird so getan, als gäbe es das Problem nicht.« (Quelle: bz-berlin.de, 11.5.26) Laut Union-Innenexperte Stephan Mayer bringen Zuwanderer das System an den Rand des Kollapses: Der Ausländeranteil bei der Grundsicherung (Anteil am Arbeitslosengeld II/Hartz IV und Bürgergeld) stieg von 18,8 Prozent im Jahre 2005 auf annähernd 50 Prozent für das Jahr 2025. Dabei fließen Milliarden: Im Jahr 2025 gingen 21,7 Milliarden Euro an ausländische Bezieher – und 24,9 Milliarden an Deutsche. (Quelle: bild.de, 12.5.26)



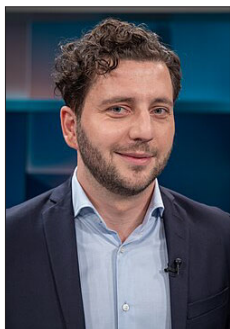
Bärbel Bas: Sie verantwortet das budgetstärkste Ministerium der Bundesrepublik.

335.000 Euro! Soviel kostete ein gecharterter Flieger zur Abschiebung von 25 Schwerverbrechern (u. a. wegen Totschlag, Vergewaltigung, schwerer Körperverletzung und Drogendelikten) Ende April nach Afghanistan, also 13.400 Euro

pro Kopf. Die Planungsdauer soll rund sechs Wochen betragen haben, und zwölf Bundesländer seien an der Maßnahme beteiligt gewesen. Die Kosten der Maßnahme können jedoch noch nicht abschließend beziffert werden, dürften angesichts des Personalaufwands (71 Kräfte der Bundespolizei, begleitet durch 2 Ärzte und 2 Dolmetscher) wesentlich höher sein. (Quelle: archive.is, 10.5.2026; jungefreiheit.de, 11.5.2026)

660.000 Euro Steuergeld für Café, das Weiße ausschließt. Im Rahmen des Programms »Demokratie Leben!« (siehe Seite 4) finanziert die Bundesregierung zahlreiche linke NGOs mit hohen Beträgen. Die Organisationen haben teilweise Bezüge zum Islamismus. Kontrolle: Fehlanzeige. Mit über 660.000 Euro wurde beispielsweise in Berlin-Kreuzberg auch ein Café gefördert, welches gezielt weißen Menschen den Zutritt verbietet. Das nennt man Rassismus gegen Weiße und paßt zur Idee einer »offenen Demokratie«. (Quelle: u.a.focus.de. 26.4.26)

Es grünt in Bayerns Hauptstadt. Seit März hat München mit Domiunik Krause einen neuen grünen Oberbürgermeister, und dieser bekennt gleich Farbe und plant teures Grün. In der Innenstadt sollen 150 neue Bäume gepflanzt werden, die für Kühlung sorgen sollen – wohlgemerkt zum Luxuspreis von bis zu 95.000 Euro je Baum! Es fragt sich, ob goldene Äpfel an ihnen wachsen sollen. Wer dagegen nach der Verhältnismäßigkeit fragt, sollte wissen, daß sich die ohnehin hohe Verschuldung der Stadt trotz hoher Gewerbeeinnahmen bis Ende 2026 laut Prognosen auf fast 10 Milliarden Euro erhöhen wird und sie bis 2028 auf über 10 bis zu 13 Milliarden Euro ansteigen könnte. Ein Detail am Rande: Der bereits unter dem Vorgänger Reiter (SPD) gestartete Spendenaufruf erbrachte bislang lediglich knapp 70.000 Euro für die Begrünung. (Quelle: u.a. forstpraxis.de, 5.2.26; bild.de, 17.4.26)



Felix Banaszak. Ein Grüner mit skurrilen Ansichten. Ihm wird zur Zeit Steuerhinterziehungen vorgeworfen. Bild: Wikipedia

Grünen-Chef sieht alle Männer als Gefahr. Junge Grüne fallen gern – oder ungewollt? – durch skurrile, absurde, ja alberne Stellungnahmen und Vorschläge auf. Unlängst behauptete der Grünen-Chef Felix Banaszak: »Statistisch ist es für Frauen nachteilig, in einer heterosexuellen Beziehung zu sein.« Frauen könne man zurzeit nicht verübeln, wenn sie Männern mißtrauen. Auch wer kein Täter sei, könne ungewollt zum »Komplizen« werden. Der Grünen-Chef werbe daher für eine neue Art der Männlichkeit. Das hat zur Folge, daß die Verunsicherung junger Männer zunimmt. (Quelle: archive.is, 22.4.26) Die Berliner Jusos zeigen sich noch viel radikaler: Sie verlangen in einem Antrag für den Landesparteitag die Abschaffung der »patriarchalischen« Zivilehe. Stattdessen sollen sich die Menschen »verwandtschafts-, gender- und anzahlunabhängig« zusammenfinden können. Das Patriarchat sei eines der Kernunterdrückungssysteme unserer Gesellschaft, das durch den Kapitalismus massiv weiter verstärkt werde und ihm diene. (Quelle: jungefreiheit.de, 30.4.26)

Felix Banaszak ruft zur Fahnenflucht auf. Grünen-Chef Felix Banaszak hat im Mai 2026 im Podcast »Jung & Naiv« auf die Frage, was Soldaten unter einem theoretischen AfD-Verteidigungsminister tun sollten, geantwortet: »Dann können sie immer noch desertieren.« Ein selbsternannter Demokrat hat also eine Straftat empfohlen. Eine ungeheuerliche Entgleisung. Bekanntlich ist Desertion (Fahnenflucht) nach § 16 des Wehrstrafgesetzes strafbar und kann mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet werden. Die Reaktionen ließen nicht auf sich warten. So wurde unter anderem die Frage gestellt, ob hier nicht der Tatbestand der Wehrkraftzersetzung erfüllt sei. Ebenso die Frage nach möglicher Anstiftung zur Fahnenflucht stand im Raum. Einen Angriff Rußlands halte Banaszak übrigens für »wahrscheinlicher« als einen AfD-Verteidigungsminister. (kettner-edelmetalle.de, 13.5.26; jungefreiheit.de, 14.5.26)

Zensur im Krankbett. Am Universitätsklinikum Bonn (UKB) haben Patienten keinen Zugang zu bestimmten Medien. Die Webseiten der konservativen Internetportale von Apollo News, Nius und Junge Freiheit sind auf den klinikeigenen Tablets nicht aufrufbar. Linksgerichtete Nachrichtenportale wie taz.de hingegen lassen sich ohne Einschränkung aufrufen. Man sei an Artikel 5 GG erinnert: »Jeder hat das Recht, sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.« Das UKB erklärte auf Anfrage lediglich, der Sachverhalt werde »derzeit in Abstimmung mit den zuständigen Fachbereichen geprüft«. Apollo-news gegenüber wies das Klinikum gar jede Verantwortung für mögliche Sperren zurück und verwies auf externe Dienstleister. (Quelle: apollo-news.net, 10.4.26)

Muttergedicht nicht mehr zeitgemäß. Auch in Österreich paßt sich die katholische Kirche dem Zeitgeist an und setzt sich aktiv gegen Bräuche. Im oberösterreichischen Gallneukirchen hat der Pfarrcaritas-Kindergarten St. Josef den Eltern mitgeteilt, daß auf klassische Gedichte und Lieder zum Mutter- und Vatertag, darunter das klassische Muttertagsgedicht, künftig verzichtet wird. Als Begründung wurde angeführt, daß Kinder heute in unterschiedlichen Familienformen aufwachsen – was auf die Ortschaft Gallneukirchen nicht zutrifft, wo nach Auffassung einer empörten Mutter keine Familien in anderen Konstellationen leben. Eine ähnliche Debatte hat es bereits vor ein paar Jahren in Deutschland gegeben. Damals hat der CDU-Politiker Tilman Kuban einen vergleichbaren Fall öffentlich kritisiert: »Daß Kinder nicht mehr für ihre Eltern basteln sollen, halte ich für eine unglaubliche Entwicklung. Die Mütter in Deutschland leisten Großartiges, und ihnen sollte man am Muttertag auch Danke sagen.« (Quelle: u.a. fr.de, 5.5.26; apollo-news.net, 6.5.26)



Die Entscheidung eines katholischen Kindergartens, auf die bekannten Verse des Muttergedichts zu verzichten, löste eine hitzige Debatte aus. Zu den schärfsten Kritikern gehört Udo Landbauer (FPÖ). Er ist seit 2023 Landeshauptfrau-Stellvertreter (stv. Ministerpräsident) von Niederösterreich.

Sylt verzichtet auf den Namen »Hindenburgdamm«. Seit Jahren beschwerten sich Grüne und SPD über den Namen »Hindenburgdamm«. Gemeint ist der am 1. Juni 1927 von Hindenburg selbst eingeweihte, über elf Kilometer lange, zweigleisige Eisenbahndamm zwischen dem Festland und der Nordseeinsel. Die Gemeinde Sylt hat daher gemeinsam mit dem Organisationsteam für das Jubiläumsjahr 2027 die Umbenennung des Hindenburgdamms beschlossen. In Zukunft soll die Strecke in der offiziellen Kommunikation und auf Veranstaltungen »Syltdamm« genannt werden. (Quelle: u.a. jungefreiheit.de, 3.6.26; bild.de, 3.6.26)

FPÖ unangefochten stärkste Kraft in Österreich. In der Sonntagsfrage führt die rechtspopulistische Partei mit 38 Prozent deutlich vor ÖVP (20 Prozent) und SPÖ (18 Prozent). Auch in der Kanzlerfrage würden 47 Prozent der Befragten sich direkt für FPÖ-Chef Herbert Kickl als Regierungschef entscheiden. Die etablierten Parteien SPÖ, Grüne und ÖVP geraten zunehmend unter Druck und räumen selbst in sozialen Medien Fehler ein: Die Zuwanderung sei der »zentrale Treiber« bei dieser Entwicklung und stelle große Herausforderungen an die Politik. (Quelle: u.a. exxpress.at, 12.6.26)

Angriffe auf Parteien: Die AfD trifft es am häufigsten. 2025 registrierte die Polizei bundesweit 5140 Straftaten, die sich gegen Parteivertreter beziehungsweise Parteimitglieder richteten. Das entspricht einem Anstieg von fast 40 Prozent gegenüber 2024. Mit insgesamt 1852 Angriffen wurden Politiker und sonstige Mitglieder der AfD besonders häufig zum Ziel. (Quelle: u.a. zeit.de, 19.5.26; nius.de, 19.5.26)

AfD-Politiker beim Deutschen Katholikentag unerwünscht. Beim diesjährigen Deutschen Katholikentag in Würzburg wurden – wie bereits in den Vorjahren – keine Vertreter der AfD eingeladen. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz verteidigte die Maßnahme. Die Kirche stehe für Schwächere, Bedrängte und Menschen in Not ein. »Es kann nicht darum gehen, Menschen auszugrenzen«, mahnte Bischof Heiner Wilmer. Wie nun bekannt wird, wurde ein Vertreter der Partei zeitgleich im Vatikan von Papst Leo empfangen. (Quelle: welt.de, 17.5.26)

Bundesregierung fördert Würmer-Parlament. Der Berliner Verein »Organismendemokratie« überträgt Bürgerrechte auf alle Lebewesen eines definierten Staatsgebiets – von Pflanzen und Tieren (darunter Würmer) bis hin zu Bakterien und Viren Bürgerrechte zu. Nach dem Motto: Die Gedanken sind frei. Das Unfaßbare dabei: Laut der Zeitung *Die Welt* unterstützte die Bundeszentrale für politische Bildung, die zum Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern gehört, den Verein und sein Projekt in den Jahren 2023 und 2024 mit insgesamt 109.124 Euro. Unterstützt wurde der Verein zusätzlich von der Berliner Kulturverwaltung. (Quelle: u.a. archive.is, 17.5.26)

Teure Renovierung nach Nutzung als Asylunterkunft. Im bayerischen Wolfartshausen mußten die Sportler dreieinhalb Jahre lang draußen bleiben, da die

Mehrzweckhalle in Farchet mit Geflüchteten belegt war, in Spitzenzeiten mit bis zu 200 Personen. Nach der Räumung im Jahr 2025 bilanzierte die Sprecherin des Landratsamts: »Insgesamt ist der Zustand der Halle in Ordnung.« Offenbar eine Fehleinschätzung, da die Stadt nun rund 240.000 Euro in die Sportstätte investieren muß. (Quelle: merkur.de, 16.5.26)

Linke NGO schult sächsische Lehrer im Kampf gegen rechts. Die Amadeu-Antonio-Stiftung, die bekanntlich das Projekt des sozialistischen Jugendverbands »Falken« gefördert hat, berät sächsische Lehrer »im Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus an Schulen«. Der Freistaat Sachsen hat mit der linken NGO einen entsprechenden Dienstvertrag abgeschlossen, dessen Laufzeit bis zum Ende des Schuljahres 2026/27 reicht. Das Programm heißt »Starke Lehrer – starke Schüler« und soll »die pädagogischen Handlungskompetenzen der Schulleitungen, Lehrkräfte und anderen pädagogischen Akteure« fördern. (Quelle: apollo-news.net, 15.5.26; amadeu-antonio-stiftung.de)

Roboter soll Schüler gegen rechts trainieren. An dem Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium in Neunkirchen (NRW) haben Schüler zusammen mit Forschern der Universität Siegen den humanoiden Roboter »Navel« so programmiert, daß er als Sparringspartner für politische Diskussionen dient. Der Roboter simuliert den »rechten Onkel«, der mit Aussagen wie: »Sie nehmen uns die Jobs weg. Was ist daran fair? Ausländer raus!« provozieren soll. Den Schülern soll geholfen werden, im Alltag »souverän zu argumentieren«. (Quelle: apollo-news.net, 7.5.26)



Aktivisten üben Verhaftung von Alice Weidel. Das linke Aktionsbündnis »Adenauer SRP+«, das dem »Zentrum für Politische Schönheit« nahesteht, besucht mit einem umgebauten Bus Schulen in ganz Deutschland. Im Inneren des Fahrzeugs befindet sich eine lebensgroße Puppe der AfD-Vorsitzenden Alice Weidel, die in einer Zelle hinter Gittern in Handschellen inszeniert wird. Schüler dürfen der KI-Puppe Fragen zu »ihrer braunen faschistischen Gesinnung und ihren Umsturzplänen unserer liberalen demokratischen Grundordnung« stellen. Gleichzeitig werden »FCK AFD«- und »AfD-Verbot«-Sticker in großen Mengen an Schüler verschickt und in der Schule und im Umkreis angeklebt. Lehrer begrüßen das. Die grüne niedersächsische Kultusministerin Julia Hamburg verteidigte die Freiheit der Schulen – und ein »Kunstprojekt« dürfe sein. Die Inszenierung im Adenauer-Bus sei eine »künstlerische Darstellung«, die grundgesetzlichen Schutz beanspruchen könne. Die Neutralitätspflicht interessiert sie offenbar nicht. (Quelle u .a. nius.de, 10.5.26)

Eine schlimme »Entwicklung«: Ein interaktiver, menschenähnlicher Roboter namens »Navel« fungiert als böser rechter Onkel. Das Projekt soll angeblich die Demokratiebildung bei Schülern fördern. Eine Doktorandin hat der Uni Siegen hat hierzu KI-Roboter »Navel« auf rassistisch getrimmt. Foto: Jonathan Josten

Gewalt von Migranten wird oft verharmlost. In einer politisch korrekten NDR-Dokumentation über Gewalt im öffentlichen Raum aus dem Jahr 2025 und im Februar erneut ausgestrahlt, meinte der an der Polizeiakademie in Oldenburg lehrende Joachim Häfele, daß vor allem die Mitarbeiter der Bahn in der Pflicht seien, keine Eskalation mit Kunden herbeizuführen. So könne ein Mangel an »interkultureller Kompetenz« (!) und »Kommunikationsfähigkeit« provokant auf die Fahrgäste wirken und so zu einer Eskalation führen. Der forensische Psychiater Frank Urbaniok kritisiert den Beitrag nun als Beispiel für ideologisch motivierte Desinformation in öffentlich-rechtlichen Medien und zieht Parallelen zu DDR-Medien, da der Beitrag den Zusammenhang zwischen Gewalt im öffentlichen Raum und Migration ausklammert, obwohl dieser statistisch belegt ist. (Quelle: u.a. apollo-news.net, 12.6.26)

Peinliche Studie über neue Medien. Auf 600 eng bedruckten Seiten legte der Forschungsverbund »Motra« (»Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung«) eine vom Bundeskriminalamt koordinierte, groß angelegte Studie zur Untersuchung von Radikalisierung und Extremismus in Deutschland vor. Mit beteiligt seien gleich drei Ministerien gewesen: das Forschungsministerium, das Innenministerium und das Bildungsministerium. Dazu die private Fresenius-Hochschule, das Karlsruher Institut für Technologie (KIT), das Wissenschaftszentrum Berlin, die Ludwigs-Maximilians-Universität München (LMU) und die Universität Hamburg. Da sein Portal »Tichy-Einblick« in der Studie namentlich erwähnt, hat der kritische Journalist scharfe Kritik an der Studie ausgeübt und sie als Angriff auf die Pressefreiheit gestempelt. Es »soll gegen all jene vorgegangen werden, die es wagen, die Regierung zu kritisieren. Oder Kritik auch nur lesen. Offensichtlich strebt das Bundeskriminalamt einen »universalpräventiven Umgang« mit der Meinungsfreiheit an«. Einfach ausgedrückt: »Sie lesen alternative Medien? Dann sind Sie rechtsextrem, sagt das Bundeskriminalamt.« Künftig soll demnach Zensur durch die Polizeibehörde erfolgen, die eigentlich für Terrorismus und Organisierte Kriminalität zuständig ist. Kernaussage der Studie: »Politische Alternativmedien – insbesondere dann, wenn sie von konservativen Eliten unterstützt werden – gestalten durchaus den öffentlichen Diskurs mit, tragen radikale/extreme Themen und Narrative in die Öffentlichkeit und tragen so zum Mainstreaming radikaler und extremistischer Ansichten bei.« (Quelle: tichyseinblick.de, 22.4.26)

Die Linke schreckt Investoren ab – nicht die AfD. Diese brisante Aussage machte kein Geringerer als der Merz-Berater Martin Blessing, der für die Bundesregierung ausländische Investoren nach Deutschland holen soll. Nun warnt der frühere Vorstandschef der Commerzbank und ehemalige UBS-Manager im *Handelsblatt*, daß von den Linken geführte Debatten über Eigentumsrechte, etwa über Enteignungsforderungen im Wohnmarkt, insbesondere in Berlin, bei Geldgebern für mehr Unruhe als AfD-Erfolge sorgen. (Quelle: junge-freiheit.d, 17.6.26) Da alle anderen Parteien eine Zusammenarbeit mit der AfD ausschließen, würden künftige Re-

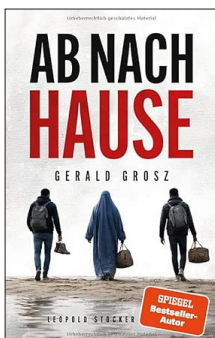
gierungsbildungen ohne die AfD voraussichtlich eine Mehrheit links der Mitte erfordern. Genau das beunruhigt laut Blessing mögliche Investoren stärker als der Aufstieg der AfD. Für Merz ein politisch heikler Befund und ein Dilemma.

Erst Zusage, dann Absage. Einem Brandenburger AfD-Kommunalpolitiker bleibt eine Einstellung in den gehobenen Polizeidienst trotz anfänglicher Zusage vorerst verwehrt. Das Verwaltungsgericht Berlin sieht wegen seiner früheren Rolle als AfD-Fraktionschef erhebliche Zweifel an seiner Verfassungstreue. (Quelle: u.a. welt.de, 17.6.26) Der Mann war von 2011 bis 2026 als Polizeivollzugsbeamter für das Land Berlin tätig. Er bewarb sich 2025 für die Zulassung zum Studium für den gehobenen Dienst der Kriminalpolizei und erhielt eine vorläufige Einstellungszusage. Daraufhin ließ sich der Mann aus seinem bisherigen Beamtenverhältnis entlassen.

Am Rande der politischen Fußball-WM. Die diesjährige Fußball-Weltmeisterschaft wird wie die vergangenen von politischen Diskussionen begleitet: angefangen mit Einreiseverboten für Fans und Sportler. Nachfolgend zwei nahezu possenhafte Vorfälle. Das durch Stadt und Land gefördertes Kulturzentrum Schlachthof in Kassel verbietet es, zum Public-Viewing Nationalfahnen mitzuführen. Diese könnten »ausgrenzend, einschüchternd und politisch aufgeladen wirken«. In der Vergangenheit stellten Palästina-Fahnen offenbar kein Problem dar. Noch skurriler: Dem australischen FIFA-Schiedsrichter Shaun Evans droht wegen einer angeblich rassistischen Handgeste der WM-Rausschmiß. Laut dem Antidiskriminierungsmonitoring der FIFA habe er der Australier mit Daumen und Zeigefinger ein »OK«-Zeichen geformt und die Hand vor sein rechtes Bein gehalten. Die Geste soll ein rassistisches »White-Power«-Symbol sein.

Remigration und »Rückkehrhilfegesetz«. Der Begriff »Remigration« ist hochbrisant, weil seine ursprüngliche, neutrale Bedeutung als Rückkehr von Fremdarbeitern in ihre Heimatländer in der politischen Debatte ideologisch stark aufgeladen ist und im Sinne einer »Deportation« umgedeutet wurde. Heute löst der Begriff Entsetzen und Lichterketten aus. Anfang der Achtzigerjahre, als die Bundesrepublik von einer der schwersten wirtschaftlichen Nachkriegskrisen (tiefe Rezession, explodierende Arbeitslosenzahlen, Massenpleiten) geprägt wurde, war eine Remigration von Gastarbeitern, vornehmlich von türkischen, im Gespräch. In vertraulichen Gesprächen, etwa mit der britischen Premierministerin Margaret Thatcher im Oktober 1982, äußerte der damalige Bundeskanzler Kohl die Ansicht, daß die Assimilation türkischer Mitbürger mißlungen sei und die Zahl der Türken in Deutschland innerhalb weniger Jahre um 50 Prozent reduziert werden müsse. Zur Umsetzung dieses politisch schwierigen Vorhabens legte die CDU/FDP-Regierung ein Jahr später das befristete »Rückkehrhilfegesetz« für Gastarbeiter vor: 10.500 DM Prämie plus 1500 DM pro Kind, dazu die Auszahlung der Rentenbeiträge, sofern die Ausreise bis zum 30. Juni 1984 erfolgte. Knapp 300.000 Gastarbeiter nahmen das Geld und gingen. Als die britischen Dokumente im Sommer 2013 öffentlich wurden, verteidigte der Altkanzler sein Vorgehen. (Quelle: u.a. achgut.com, 24.4.26)

Ab nach Hause – ein Plädoyer für Remigration



Gerald Grosz:
Ab nach Hause
– wie wir
Europa retten.
190 Seiten, Euro
22.– Stocker
Verlag, Graz
2026

Der österreichische Bestsellerautor und Ex-Intimus von Jörg Haider, Gerald Grosz, ist für seine pointierten Aussagen im Fernsehen und Internet bekannt. Nun veröffentlichte er im Stocker Verlag sein neuestes Buch. Es trägt den Titel *Ab nach Hause* und ist ein leidenschaftliches Plädoyer für Remigration. Grosz sieht in der Rückführung Hunderttausender Migranten, die straffällig wurden oder eine permanente Belastung für den Staat bzw. nicht integrationsfähig oder -willig sind, eine zwingende Notwendigkeit, um eine Gesundung der beiden deutschen Staaten herbeizuführen. Damit knüpft der steirische Ex-Politiker an die Ideen des Identitären-Aktivistin Martin Sellner an, der den Begriff »Remigration« zuerst in den politischen Diskurs einfuhrte und für Furore sorgte. Grosz skizziert den Ausweg, formuliert Lösungen und ergänzt seine Gedanken mit zahlreichen Interviews prominenter Patrioten wie AfD-Chef Tino Chrupalla, FPÖ-Chef Herbert Kickl und Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans Georg Maaßen. Bedenkt man, daß Grosz' Vorgängerwerk *Merkels Werk – Unser Untergang* mittlerweile über 60.000mal verkauft wurde, dürfte sein aktuelles Remigrationsbuch auf Grund der Aktualität einen noch größeren Erfolg zeitigen. ■

Irrungen und Wirrungen Europas



Slavko Leban:
**Irrungen und
Wirrungen
Europas –**
Mensch und
Masse in der
modernen
Gesellschaft.
176 Seiten, Euro
20.– ARES
Verlag, Graz

Der 1941 in Sarajewo geborene kroatische Arzt Slavko Leban arbeitete 30 Jahre als Allgemeinmediziner in Deutschland und wagte nach der Jahrtausendwende den Sprung ins politische Geschehen. Von 2004 bis 2006 war er Ministerassistentz (Staatssekretär) im kroatischen Außenministerium. Als Konservativer, der die Vielfalt des Abendlandes bewahren und die Vermassung des europäischen Menschen durch den Moloch Brüssel verhindern möchte, entwickelte er eine Streitschrift über die Zukunft unseres Kontinents. Leban, dessen Volk bis Anfang der 1990er Jahre Unterdrückung und Fremdherrschaft im Vielvölkerstaat Jugoslawien tagtäglich erleben mußte, hat daher ein feines Gespür für Entwicklungen in der Europäischen Union, die auf Bevormundung und Überwachung der Bürger hinauslaufen. Davor warnt der Autor eindringlich. Unter Verweis auf den 1950 vorgestellten Schuman-Plan und das 1985 in Kraft getretene 1. Schengener Abkommen macht er eine Bestandsaufnahme der EU. Hierbei liegt ihm vor allem die Bewahrung der traditionellen europäischen Identität am Herzen. Durch die seit Jahrzehnten grassierende Masseneinwanderung Fremder aus anderen Kontinenten, sieht er eine tödliche Gefahr für Europa. Dagegen müsse Brüssel rasch neue Konzepte entwickeln. Ein lei-

Abschied von einem Kameraden: Roland Wuttke ist tot

Es gibt Menschen, Mitstreiter, Freunde, die sind einfach immer da. Zumindest gefühlt. Man kann sie zu jeder Tages- und Nachtzeit anrufen und um einen Gefallen, um Hilfe bitten – sie sind da, finden Lösungen, bieten Unterstützung an. Ihr Verlust ist umso schwerer, wenn sie irgendwann plötzlich nicht mehr da sind.

Roland Wuttke war so ein Mensch – man muß sagen: ein Kamerad, von dem das berühmte Lied weiß: »Einen besseren findest du nit / im gleichen Schritt und Tritt.« Wenn man viele Jahre gemeinsam dem Kampf um ein besseres Deutschland gewidmet hat, kann man beurteilen, wer am Ende Flugsand war und wer echt war, weil er in all den Jahren immer irgendwie präsent war. Roland Wuttke gehörte zu den Echten. Zu denjenigen, die durchhielten. Roland Wuttke war ein Überzeugungstäter. Am 9. April traf uns alle die Nachricht, daß er im Krankenhaus verstorben sei. Er soll zuversichtlich gewesen sein, daß alles einen guten Verlauf nehmen würde.



Wenn man seit weit über zwanzig Jahren mit Roland zusammenarbeitete, kannte und erlebte man ihn meist als zuversichtlichen, hoffnungsvollen Menschen. Er war keiner der Verbiesterten, deren einziger Antrieb nur noch das Dagegensein ist. Er hatte Hoffnung, daß einst alles besser werden würde. Er war bei aller Schwere des politischen Kampfes, bei allen Nackenschlägen, die er einstecken mußte, ein positiver Mensch. Er handelte, machte, leistete ohne viel Aufhebens um seine Person seinen Beitrag. Wenn er etwas als richtig erkannt hatte, zog er es notfalls auch allein durch, wie etwa das alljährliche Gedenken zu Ehren des 75jährigen Reinhold Elstner, der sich im April 1995 an der Münchner Feldherrnhalle selbst verbrannt hatte, aus Resignation über die beschämende allgemeine Situation im Lande. Roland Wuttke fand sich seit vielen Jahren immer am 26. April, Elstners Todestag, mit einem kleinen Häuflein Getreuer in der Münchner Innenstadt ein und gedachte des Toten mit einer Mahnwache. Des hämischen Mobs, der die Szene mit seinem Geschrei begleitete, achtete er nicht. Er wußte, daß richtig war, was er tat.

Wann immer er konnte, half er, sammelte Unterschriften, meldete Kundgebungen an, war bei Verteilaktionen oder am Infostand präsent. Sein Rat war wertvoll und immer konstruktiv. Seine Unterstützung hatte stets Hand und Fuß, sei es vor Gericht, sei es in der gemeinsamen Vorstandsarbeit, sei es im redaktionellen Bereich. Roland lieferte zahllose Beiträge für die frühere NPD-Zeitung *Deutsche Stimme*, seit langem auch für das von ihm als Herausgeber betreute Zeitschriftenprojekt *Volk in Bewegung*. Erst dieser Tage warb er für eine neue Schriftenreihe, für die er verantwortlich zeichnete: *Kulturwarte*, eine »Zeitschrift für Bewußtsein, Brauchtum, Kultur und Geschichte«.

Roland Wuttke war ein feiner, menschlich immer untadeliger Kerl. Nie stritt er sich um Listenplätze, nie forderte er Lohn, an den üblichen Parteistreitigkeiten beteiligte er sich nicht. Wenn es ihm zuviel wurde, ging er einfach. Bis zuletzt strahlte er eine tiefe, ruhige Anständigkeit aus. Für uns alle, die wir ihn kannten, ist sein Fortgang ein Verlust, der schwer in Worte zu fassen ist. Mögst du Ruhe finden, unser guter Kamerad. Einen besseren finden wir nicht.

■ Karl Richter

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Freunde,

am 15. Juni 2025 schrieb Kurt Zach in der *Jungen Freiheit* unter der Überschrift »Meinungsfreiheit unter Vorbehalt«: »Der Verfassungsschutz agiert faktisch wie eine Geheimpolizei zur Bekämpfung und Feindkennzeichnung mißliebiger Bürger und Bestrebungen, die den etablierten Machtstrukturen gefährlich werden könnten, während er bei seinen eigentlichen Aufgaben – der Bekämpfung von Terrorismus oder Spionage etwa – regelmäßig kläglich versagt.« Polizeiliche Maßnahmen gegen angeblich »Haß und Hetze« im Internet sind an der Tagesordnung, hervorgerufen meistens durch Denunziation seitens von Stellen, die großzügig mit Steuergeldern alimentiert werden.

Mich erreichte diese Tage die Nachricht, daß Brüssel das Großprojekt »AgoraEU« bald starten wird – ein neues NGO-Programm, das »Rassismus«, »Hetze« und »Transphobie« sowohl offline als auch online« bekämpfen soll. Zudem wolle man »vertrauenswürdige und zuverlässige Nachrichteninhalte« fördern. Die EU-Kommission hat dieses Programm im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2028 bis 2034 mit einem Gesamtvolumen von rund 8,5 Milliarden Euro (!) vorgeschlagen. Bundeskulturstaatsminister Weimer kann nicht umhin, als das Vorhaben zu begrüßen. Was unter »vertrauenswürdigen und zuverlässigen Nachrichteninhalten« zu verstehen, dürfte klar sein. Die Meinungsfreiheit ist mehr denn je in Gefahr.

Es gibt aber auch Erfreuliches zu berichten. Der letzten Ausgabe des *Freien Forums* hatten wir eine Werbekarte in der Hoffnung beigelegt, neue Mitglieder für die GfP zu gewinnen. Die Zahl der Rückmeldungen mutet positiv an; ich möchte die künftigen GfP-Mitglieder sehr herzlich begrüßen.

Und noch etwas: Die GfP-Kongreßbroschüre ist trotz erheblicher Erschwernisse endlich fertig und druckreif. nicht zuletzt aus finanziellen Gründen hat die GfP-Redaktion beschlossen, *alle* eingereichten Redebeiträge der letzten vier Kongresse zu einem Sammelband (Bd. 34) zu vereinen. Wir sind es nicht nur den Autoren verpflichtet, sondern auch den treuen Mitgliedern der Gesellschaft für freie Publizistik. Und natürlich hoffen wir auch, daß nicht zuletzt aufgrund eines oder mehrerer herausragenden Redebeiträge der eine oder andere Leser von den Zielen der GfP überzeugt ist, Mitglied wird und sich, wie auch immer, in die Belange der GfP einbringt. ■ Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweise:

Anmeldung zum GfP-Kongreß 2026

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Wolf Lehner. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal